

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten Dresden.  
Herausgeber-Sammelnummer: 26 241.  
Nur für Nachgepreise: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Oktober 1926 bei täglich zweimaliger Zufüllung im Haus 1.30 Mk.  
Postzugspreis für Monat Oktober 3 Mark ohne Postzugsgebühr.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einzelpolige 30 mm breite  
Zeile 30 Pl., ihr auswärts 35 Pl., Familienanzeigen und Schilder 90 mm breite  
Rabatt 10 Pl., außerhalb 20 Pl., die 90 mm breite Anzeigen 150 Pl.,  
außerhalb 200 Pl., Offerungsgebühr 10 Pl., Ausum. Anfragen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsleiter:  
Marienstraße 38 42.  
Druck u. Verlag von Cieplich & Reichert in Dresden.  
Postleitzahl 1068 Dresden.

Erstklassiges Restaurant  
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee

„Barberina“

Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der  
Attraktionen aller Welt

## Grundlagen der militärischen Einigung.

**Kein Schritt der Mächte, aber Forderungen der J. M. K. K. zur Lähmung der deutschen Wehrkraft.**  
**Eine unverschämte Rede Nollets in London. — Zarres über das Zusammengehen der Reichen. — Ausgleichsverhandlungen Paris-Rom.**

### Die neuen Anweisungen für Walch.

Berlin, 27. Oktober. Aus Quellen, die Führungnahme im interalliierten Militärtreiten haben erklärt, dass Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger, dass ein neuer Schritt der Botschaftskonferenz bei der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage nicht zu erwarten ist. Vielmehr hält man es für wahrscheinlich, dass General Walch, der Vorsitzende der Interalliierten Überwachungskommission in Berlin, baldigst nach Paris berufen wird, um dort neue Anweisungen für den Fortgang der Verhandlungen.

Man hofft, dass eine Einigung auf etwa folgender Grundlage zustandekommt:

1. Die deutsche Regierung bzw. der Reichswehrminister erneut in eindrücklicher Form nochmals das Verbot der Einsetzung von Zeitfreiwilligen.

2. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über das Verbot militärischer Verbände erhalten eine schärfere und genauere Fassung. (!)

3. Die Frage der Eins- und Ausfuhr von Kriegsgeräten wird der Abrüstungskonferenz zur endgültigen Entscheidung überlassen.

4. In der Frage der Königssberger Besetzung soll eine dem deutschen Standpunkt entgegenkommende Lösung gefunden werden.

5. Bezuglich der Besitznisse des Chefs der Heeresleitung sollen noch Renditionen Platz machen, die klar zum Ausdruck bringen, dass die alleinige Verantwortung beim Reichswehrminister liegt.

### „Weiterhin den Blick auf Berlin!“

Nollet in London über den praktischen Weg von Versailles. London, 27. Oktober. Der frühere Vorsitzende der Interalliierten Militärtreinkommission und Mitglied des französischen Obersten Kriegsrats, General Nollet, war gestern der Ehrengast bei dem Frühstück des englisch-französischen Brühlschlosses, an dem auch der englische Kriegsminister Washington Evans teilnahm. Auf eine Begrüßungsansprache erwiderte der französische General: Die Tatsache, dass die Nationen sich nicht länger auf Söldnerheere verlängern, mache die Bestimmung des Ausdrucks „Ablösung“ schwierig, was durch das, was in Genf stattgefunden habe, bewiesen worden sei. Tatsächlich könne eine Nation nicht länger zur Impotenz verurteilt werden, wenn diese Nation beträchtliche industrielle Mittel besitzt, die rath die Herstellung von Munition ermöglichen, und wenn außerdem diese Nation sowohl quantita-

tiv, wie auch qualitativ genügend Menschenmaterial, wie man es in Deutschland nennt, zur Verfügung habe. Er fuhr fort: Dies ist gerade in Deutschland der Fall.

Was praktisch möglich ist, und was im Versailler Vertrag gelaufen ist, den bestimmen eine gewisse Zahl von Bedingungen anzuerlegen, die die Entwicklung der Militärmacht einer Nation verhindern und ihr eine Grenze setzen.

Die Bestimmungen des Vertrages hatten zum Ziel nicht die Beleidigung des Siegers, sondern die Erhaltung von Sicherheiten für die Sieger für eine genügende Zeit, um die allgemeinen politischen Kräfte instand zu halten, in Tätigkeit zu treten, um „der Welt den Frieden zu sichern“, den sie so dringend benötigt. Deutschland habe ihrer Durchführung Schwierigkeiten jeder Art in den Weg gelegt. Deshalb sei es notwendig, weiterhin die Augen auf Berlin gerichtet zu halten. Frankreich wolle Frieden mit dem Vorbericht, dass der Frieden die Würde des Vandes gewahrt, und es erstrecke die Sicherheitsgarantie, auf die alle Nationen, sowohl die Siegreichen, als auch die anderen, ein Recht hätten. Beweise für diese Haltung Frankreichs seien in Süß vorhanden und könnten in der Folie gegeben werden, die Frankreich in Genf bei der Arbeit des Völkerbundes, bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und bei der Vorberichtung für die allgemeine Abrüstungskonferenz gespielt habe. Ein weiterer Beweis sei die Verminderung der militärischen Machtmittel Frankreichs seit dem Waffenstillstande. Es gäbe keine andere Nation, die eine gleiche Herabsetzung zustande gebracht habe. (!)

Nollet fragte, was Frankreich als Sicherheit habe und erklärte, es halte weiterhin einen Teil des Rheins besetzt, und es sei wohl bekannt, welche Bedeutung die französische öffentliche Meinung dieser Besetzung beimasse. Sie grenze an die enigmatische Zone, die sie holte.

Aber dieser Schutz könne nur seinen vollen Wert haben, wenn eine Überwachung besteht.

Anderseits sei Frankreich des Vorwurfs des Garantievertrags beraubt, der im Falle eines neuen Konflikts die Streitkräfte Amerikas und Großbritanniens Seite an Seite mit seinen eigenen geholt hätte.

General Nollet gab seinem Optimismus für die Zukunft Ausdruck und schloss dann unter Bettell: Ich glaube, dass unsere beiden großen Länder weiterhin Hand in Hand gehen werden. Wir müssen das Spiel bis zu seinem Ende spielen, solange der angreifende Feind noch nicht wieder aufgemacht ist, und wenn das gemeinsame Ziel noch nicht erreicht ist. Interessen und Gefühle verlangen die Freundschaft Frankreichs und Großbritanniens. (B. T. B.)

## Ein französisch-italienischer Ausgleich?

### Brands Verhandlungen mit dem italienischen Botschafter.

Paris, 27. Oktober. Am Quai d'Orsay erklärt man im Zusammenhang mit der in politischen Kreisen vielbeachteten Unterredung, die der italienische Botschafter in Paris gestern mit Brandt hatte, dass von einer direkten Begegnung zwischen Brandt und Mussolini nicht die Rede sein könne. Die Frage einer endgültigen Vereinigung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien kann noch nicht als sprachlos angesehen werden, insbesondere die Revision des Status von Tangier, die von italienischer Seite gewünscht werde, sei eine Angelegenheit, die lediglich durch direkte Verhandlungen zwischen den drei Signatarmächten Frankreich, England und Italien geregelt werden könnte. Wenn später die Situation geklärt sei, werde Brandt den Gedanken einer direkten Aussprache mit Mussolini keineswegs zurückweisen.

### Das iranische Mandat an Italien?

London, 27. Okt. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, werden von verschiedenen Auswärtigen Amtmännern, einschließlich der Wilhelmstraße, angekündigte Versuche unternommen, schützen, was an dem Vertrag über einen bevorstehenden Handel zwischen Frankreich und Italien wegen des französischen Mandates über Syrien vorbehaltlich der Bestätigung des Völkerbundrates, richtig ist. Besonders die Türkei sei sehr daran interessiert, dass eine solche Übertragung von Frankreich auf Italien nicht stattfinde.

Der Botschafter beschäftigt sich alldann mit der Frage, welche Politik Italien an Stelle der bisherigen französischen Politik in Syrien verfolgen könnte. Die Italiener seien der Auffassung, dass sie erfolgreicher operieren würden, falls sie

sich auf die arabischen Muselmanen und die christlichen Elemente stützen, anstatt auf die türkische Minderheit, wie das die Franzosen getan hätten. (T.U.)

Paris, 27. Oktober. Die Unterredung des italienischen Botschafters, Baron Uvezza, mit Brandt beschäftigt die französische Presse lebhaft, nachdem das „Echo de Paris“ vor einigen Tagen als Versuchsalben die Nachricht gebracht hatte, dass Mussolini bereit sei, auf alle seine Forderungen Frankreich gegenüber zu verzichten, wenn Italien das französische Mandat über Syrien erhalten würde. Im Laufe des heutigen Vormittags verlautete in französischen politischen Kreisen gerüchteweise, dass der italienische Botschafter Brandt einen dahingehenden Vorschlag unterbreitet habe. Eine Bestätigung dieser Nachricht, deren Tragweite nicht unterschätzt werden kann, war nicht zu erhalten, doch ließ sich feststellen, dass man am Quai d'Orsay einer Abteilung Syriens an Italien völlig ablehnend gegenüberstehen würde.

### Französisch-bulgarischer Zwischenfall.

Sofia, 27. Okt. Gestern wurden in der Nähe der griechischen Grenze die Frau und der Sohn eines französischen Ingenieurs ermordet und aufgeraubt. Der französische Gesandte hat strenge Untersuchung des Zwischenfalls verlangt, der im ganzen Lande große Bestürzung hervorgerufen hat.

Nach weiteren Meldungen ist auch der französische Ingenieur selbst, nicht nur seine Familie ermordet worden.

Englands Rolle der belgischen Anleihe überzeichnet.

London, 27. Okt. Die Zeichnung für den englischen Teil der belgischen Stabilisierungsanleihe, die heute eröffnet wurde, musste um 1/4 nach 9 Uhr geschlossen werden, da die Anleihe überzeichnet war. (B. T. B.)

### Prag — Paris — Prag.

Von Ing. Othmar Kallina, Mitglied des Prager Parlaments.

In der Welt bereiten sich große Dinge vor. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hat den Pazifisten im Lager aller Nationen Anlass geboten, die führenden Plätze zu schmecken. Locarno, Genf, Thoiry hat in einem Teile der Deutschenkeit geradezu Verwirrung angerichtet. Nebenbei hören wir nur von der Versöhnung der Völker, von der Notwendigkeit des Ausgleichs der Völker, von der notwendigen Zusammenarbeit. Ein Teil der öffentlichen Meinung ist geradezu von einem Friedenstaumel besessen; fast sollte man meinen, dass wir am Beginn eines ewigen Völkerfriedens stehen.

Wer gewohnt ist, in die Tiefe zu schauen und den Erkenntnissen auf den Grund zu geben, der wird leider erkennen müssen, dass, wenn nicht alle, so doch viele dieser Friedensschämel einen ganz bestimmten Zweck verfolgen, ja meines Erachtens geradezu dazu bestimmt sind, eine wahre friedliche Entwicklung zu behindern. Denn diese Bestrebungen ruhen auf den durch die Pariser Friedensabkommen geschaffenen Zuständen und Zwangsgrenzen und bedienen letzten Endes nichts anderes als die ewige Festlegung dieser unhalbaren Verhältnisse. Das den Deutschen im Jahre 1919 angebrachte schwere Unrecht, die Sklaverei der 40 Millionen um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogenen Menschen in Europa soll durch freiwillige Anerkennung dieser Zustände durch die Betroffenen selbst sanktioniert werden. Die geheimen Drahtzieher, die diesen Friedensstaumel allüberall zu erwachen versuchen, glauben schon halb gewonnenes Spiel zu haben. Als Deutschland sich aus realpolitischen Gründen entschloß, den Eintritt in den Völkerbund zu vollziehen, hatten die Leiter dieser Politik vorher durch den Abschluss des deutsch-russischen Vertrages die entsprechende Rückendeckung gesucht und gefunden. Zum Glück für das deutsche Volk war man in Berlin nicht gewillt, alles nur auf eine Karte zu setzen. Auch die überschwänglichen Hoffnungen, die sich an die Verhandlungen von Thoiry gelehnt haben, gingen bis heute nicht in Erfüllung. Um so bedauerlicher ist es, dass trotz all dieser Tatsachen ein Teil der deutschen Deutschenkeit die weitere Besserung der Lage nur von den Auswirkungen des in Locarno angeblich geöffneten Geistes erwartet, ohne zu bedenken, dass alle politischen Fragen letzten Endes immer nur Machtfragen bleiben. Die deutsche Außenpolitik ist sich dieser Tatsache bewusst. Sache der koalitionierenden deutschen Parteien muss es sein, an der Schaffung der notwendigen Machtmittel mitzuarbeiten, um Deutschland langsam aber sicher seine alte Weltgeltung zurückzugewinnen.

Zu den Machtmitteln und Kraftquellen, über die heute das deutsche Volk noch verfügt, gehört u. a. auch das gemeinsame Grenz- und Auslandsdeutschland. Besonders ist es das Grenzlanddeutschland, welches einen Teil des geschlossenen deutschen Sprachgebiets in Mitteleuropa bildet. Wer wirklich nationale Volkspolitik treiben will, muss dem Wohlergehen dieser deutschen Volksstiefe ernstes Interesse entgegenbringen. Den grätesten und geschlossensten Teil dieses Grenzlanddeutschlands bilden die Sudeten-deutschen, die fast vier Millionen an der Zahl auf entscheidenden Vorposten kämpfen. Gerade in den letzten Tagen ging die Nachricht durch den deutschen Blätterwald, dass zwei deutsche Minister in die tschechische Regierung eingetreten sind. Jahrzehnt hat man sich mit wenigen rücksichtigen Ausnahmen um das Schicksal des Sudetenlandes in der reichsdeutschen Deutschenheit wenig gekümmert. Was und Sudeten-deutschland bis zum heutigen Tage fehlte, ist der große Widerhall in der deutschen Deutschenheit, ist die Auflösung der Sudeten-deutschen Schicksalsfrage im Berliner Parlamente. Und nur so ist es zu erklären, dass den Führern der deutschen lokalen Parteien immer mehr und mehr gelingen konnte, ihre zu 90 Prozent vollaudeutsch eingestellte Anhängerlichkeit nunmehr zu ihrer Macht zu verschaffen, dass das deutsche Vaterland mit Abschluss des Locarno-Vertrages sich endgültig von uns losgesagt und unter Schicksal des tschechischen Staatsvolke überantwortet hätte. Der Eintritt von drei deutschen Parteien in die Regierung war die Folge. Man will heute den Eintritt dieser Deutschen mit der angeblichen Umstellung der tschechischen Dienstweise erklären und vertuscht es so darzustellen, als ob die Deutschen unter dem Druck der geänderten außenpolitischen Verhältnisse nunmehr bereit seien, von ihrer Nationalstaatsidee abzulassen und